

Clara Bünger, MdB  
Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[clara.buenger@bundestag.de](mailto:clara.buenger@bundestag.de)

### Pressemitteilung: Für eine faire Entlohnung von Gefangenen!

„Es ist begrüßenswert, dass das Bundesverfassungsgericht sich nach 20 Jahren endlich im Detail mit der Frage der viel zu geringen Vergütung für Gefangene auseinandergesetzt hat. Das Ergebnis: Die bis dato geregelte durchschnittliche Entlohnung von 1,37 Euro bis 2,30 Euro pro Stunde verstößt gegen das Resozialisierungsgebot und ist damit verfassungswidrig. Auch die Arbeit von Gefangenen verdient Anerkennung und muss entsprechend entlohnt werden“, erklärt Clara Bünger, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heutigen Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts zur Gefangenenvergütung. Bünger weiter:

„Damit Resozialisierung gelingen kann, müssen Anreize für Menschen in Haft geschaffen werden. Darunter fällt eine faire Vergütung, die den Gefangenen vermittelt, dass eine Erwerbstätigkeit dazu dient, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Dass das Bundesverfassungsgericht daher die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern verpflichtet, bis 2025 Neuregelungen für verfassungskonforme Resozialisierungskonzepte zu erstellen, die regelmäßig evaluiert werden sollen, ist erfreulich. Die anderen Bundesländer sollten aus dieser Entscheidung bereits jetzt Konsequenzen ziehen und nicht auf etwaige weitere Klagen warten.“

Diese wichtige Grundsatzentscheidung ist ein guter und wichtiger Schritt, der die Rechte der Gefangenen stärkt. Für eine angemessene Vergütung fordern wir als LINKE, dass der gesetzliche Mindestlohn auch für Gefangene gelten muss. Wichtig ist zudem die Durchführung der Evaluierungen durch unabhängige Stellen.“